

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

18.11.2016

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 28.06.2016

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:45 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 02.03.2016 - öffentlicher Teil - 0243/2016**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Bericht der VHS für das Jahr 2015**
0263/2016
- 7 Sachstand Schulsanierungen**
- 8 Erhöhung der Platzpauschalen für die Außerunterrichtlichen Angebote in den Offenen Ganztagsgrundschulen**
0230/2016
- 9 Klassenstärken an städtischen Grundschulen**
0246/2016
- 10 Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**
0257/2016
- 11 Benennung von städtischen Vertretern für die regionale Bildungskonferenz**
0260/2016
- 12 Annahme von Schenkungen**
0278/2016
- 13 Anträge der Fraktionen**
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Neu eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung.

Herr Neu begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Neu schlägt vor, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt Annahme von Schenkungen zu erweitern und die Beschlussvorlage unter TOP 12 zu behandeln. Der Ausschuss zeigt sich damit einvernehmlich einverstanden.

Herr Michael Fischer, stellvertretendes beratendes Mitglied für den Stadtverband Kultur, wird unter Verlesung des Verpflichtungstextes von dem Vorsitzenden eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Herr Neu tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 02.03.2016 - öffentlicher Teil - 0243/2016

Herr Rockenberg trägt zum Durchführungsbericht folgende Ergänzungen vor:

Zu TOP Ö16.1: Die historischen Erläuterungen zu den QR-Codes seien erstellt worden. Für die Informationen über die Bürgermeister habe Herr Dr. Eßer beim Landes- und Bundesarchiv noch um weitere Informationen angefragt. Die Bebilderung solle mit dem Relaunch der Internetseite im Herbst erfolgen.

Bezüglich der Fossiliensammlung habe Herr Bethe mitgeteilt, er könne sich vorstellen das Projekt seitens der Stiftung auch weiter finanziell zu unterstützen. Herr Bethe sei nach einem Vor-Ort-Termin sehr von dem mittlerweile gut sortierten, inventarisierten und fachlich aufbereiteten Zustand der Fossiliensammlung angetan. Der nächste Schritt sei die Konzepterstellung für die Präsentation der Sammlung, evtl. im Bergischen Löwen oder im Bergischen Museum.

Kulturstrolchepatenschaften für die jetzigen zweiten Klassen für die nächsten drei Schuljahre hätten die Initiative der Ordensträgerinnen (2 Klassen), Benedikt Bräunlich (1 Klasse) und die „Imbienta“ (1 Klasse) übernommen. Er möchte allen dafür sehr danken. Weitere Paten würden noch gesucht.

Frau Appel teilt mit, die Initiative der Ordensträgerinnen habe zusätzlich bei „wir helfen - der Unterstützungsverein von M. DuMont Schauberg“ einen Antrag auf Förderung gestellt. Über diesen werde im November entschieden.

Herr Rockenberg dankt Frau Appel für ihre Unterstützung.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Martmann teilt mit, alle drei für die Flüchtlingsunterbringung genutzten Turn- und Sporthallen seien freigezogen worden. Die Turnhalle Schwerfelstraße in Refrath sei wieder für den Schul- und Vereinssport nutzbar. Die Turnhalle in Sand werde derzeit für die Sanierung vorbereitet und die Dreifachsporthalle Feldstraße werde bis zum Schuljahresbeginn im August hergerichtet.

Herr Rockenberg ergänzt, evtl. könne die Sporthalle Feldstraße bereits in der zweiten Sommerferienhälfte teilweise für den Vereinssport geöffnet werden. Allerdings könne in dieser Sporthalle kein „Sport mit schweren Bällen“ also Handball, Fußball oder Basketball auf Grund der nötigen Sanierung betrieben werden.

Des Weiteren möchte er darauf hinweisen, dass die Kultur- und Umweltstiftung die städtischen Projekte Seniorenkulturwoche und Filmfestival Nahaufnahme mit 1.000 € bzw. 1.800 € unterstütze. Zuletzt möchte er auf das im Juli im Bergisch Gladbacher Stadion stattfindende Fußballspiel Bayer Leverkusen gegen FC Porto aufmerksam machen.

Frau Casper möchte gerne wissen, ob schon bekannt sei, wie hoch die Sanierungskosten für die durch die Flüchtlingsunterbringung genutzten Turn- und Sporthallen seien.

Herr Martmann erklärt, es lägen noch keine Kostenschätzungen vor. Die Hallen wiesen erfreulicherweise deutlich weniger Schäden auf als befürchtet. In der Halle Schwerfelstraße habe man die Sanitäreobjekte austauschen müssen. Selbst in der Sporthalle Feldstraße sei es trotz intensiver Belegung nicht zu überdurchschnittlichen Schäden gekommen. Diese Halle sei aber durch ihr „Alter“ auch sanierungsbedürftig. So müsse der Brandschutz, der Schwingboden, der Prallschutz usw. erneuert werden. Er gehe davon aus, dass die Kosten für die Sanierung inklusive Brandschutz bei ca. 1,5 bis 2 Mio. Euro liegen könnten.

Auf Nachfrage von Herrn Klein, warum in der Sporthalle Feldstraße „Sport mit schweren Bällen“ nicht möglich sei, erklärt Herr Rockenberg, teilweise würden die Deckenplatten und -halterungen fehlen und diese würden auf Grund der bevorstehenden Sanierung auch nicht mehr ergänzt. Die Sportarten wie Badminton, Tischtennis, Turnen usw. seien von der Einschränkung nicht betroffen.

6. Bericht der VHS für das Jahr 2015 0263/2016

Herr Neu bittet Frau Dr. Killersreiter und Herrn Paaß um ihre Berichte, die sie mittels einer Power-Point-Präsentation vortragen. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Neu dankt Frau Dr. Killersreiter und Herrn Paaß für ihre Vorträge.

Frau Lehnert schließt sich dem Dank an. Die Vorträge hätten die ausführliche Vorlage gut und anschaulich ergänzt. Sie habe noch eine Frage zur Seite 17 der Vorlage. Unter „Jüngste Entwicklungen“ stehe, „das Jobcenter verpflichte immer mehr Teilnehmende zum Besuch von Integrationskursen bei kommerziellen Trägern“. Sie möchte gerne wissen, ob es bestimmte Kriterien oder eine gesetzliche Grundlage gebe, nach denen das Jobcenter dies anordne und ob die betroffenen Personen kein Wahlrecht hätten.

Herr Paaß erklärt, im Integrationsgesetz stehe, die Teilnehmenden, die durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugelassen seien, hätten ein Wahlrecht. Dies gelte jedoch nicht für Teilnehmende, die im Leistungsbezug stünden. Hier könne das zuständige Jobcenter im Zuge der Eingliederungsvereinbarung sehr genaue Bedingungen an den Kurs (Kursträger, Kursort und Kurszeiten) stellen, je nachdem, wie sie dies mit anderen Maßnahmen verbänden.

Herr Rockenberg teilt mit, es werde überlegt, die Anzahl der Kurse auszuweiten. Allerdings sei die Bearbeitung der BAMF-Kurse von der Antragstellung bis zum Erstellen des Verwendungsnachweises sehr zeitintensiv. Bisher seien befristet auf zwei Jahre zwei neue halbe Funktionsstellen im pädagogischen Bereich und im Verwaltungsbereich geschaffen worden. Bei einer Ausweitung sowohl qualitativ als auch quantitativ müsse über eine weitere befristete Stellenerhöhung nachgedacht werden. Die Rentierlichkeit müsse natürlich gegeben sein.

Herr Komenda möchte gerne wissen, ob es weiterhin möglich sei, Deutschsprachkurse nur für Frauen anzubieten. Dies habe er in der letzten Ausschusssitzung angeregt.

Herr Paaß antwortet, es gebe im Rahmen der Angebote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Möglichkeit, Kurse nur für Frauen anzubieten. Diese seien auch über längere Zeit z.B. in Gronau durchgeführt worden. Inzwischen sei die Frauenquote in den „normalen Deutschkursen“ deutlich höher als die der Männer. Bei den Kursen für Asylbegehrende liege jedoch die Frauenquote unter 10 %. Die Finanzierbarkeit der Deutschkurse nur für Frauen sei mittlerweile sehr schwierig, da das Bundesamt für diese Kurse sehr hohe Schwellen angesetzt habe.

Herr Tollih bedankt sich ebenfalls für die ausführlichen Informationen. Er möchte gerne wissen, ob die VHS während der Kurse bei Bedarf auch Kinderbetreuung anbiete. Ferner fragt er, ob bekannt sei, welche kommerziellen Anbieter Kinderbetreuung anböten.

Herr Paaß erklärt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fördere seit mehreren Jahren nicht mehr die Kosten für die Kinderbetreuung in NRW auf Grund der U3/Ü3-Regelung. Die Kommunen seien danach ja verpflichtet, Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. In Bergisch Gladbach gebe es einen kommerziellen Träger, der einen Raum vorhalte, in dem Kinder „abgegeben“ werden könnten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Sachstand Schulsanierungen

Herr Martmann teilt mit, der Aufbau der Containerschule für die **Sanierung der Otto-Hahn-Schulen** ginge gut voran. Man warte derzeit auf die Sanitärcontainer und die naturwissenschaftlichen Container. Diese Einheiten seien angemietet worden. Er gehe davon aus, dass der komplette Umzug in die Containerschule in den Weihnachtsferien stattfinden und man mit den ersten Arbeiten wie Schadstoffsanierung in der Schule ab Januar beginnen könne.

Für die **Sanierungsmaßnahme Nicolaus-Cusanus-Gymnasium** habe man statische Untersuchungen vornehmen müssen, die derzeit mit einem Prüfstatiker ausgewertet würden. Man gehe davon aus, dass die Statik in den Gebäuden, die erhalten blieben, auch hergestellt werden könne. In der

Überlegung sei auch, ob der Nordflügel und der kleinere Südflügel - vom Hauptgebäude aus gesehen - saniert oder als doppelflügeliges Gebäude im Nordteil neu gebaut werde. Diese Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Die Kostenermittlungen würden dann dem zuständigen Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr vorgelegt.

Die dritte große Baumaßnahme, die **Sanierung der Sporthalle in Herkenrath**, sei weit fortgeschritten. Er gehe davon aus, dass die Dreifachturnhalle mit Nebenanlagen und Nebenräumen dem Schul- und Vereinssport im Oktober übergeben werden könne.

8. Erhöhung der Platzpauschalen für die Außerunterrichtlichen Angebote in den Offenen Ganztagsgrundschulen
0230/2016

Frau Lehnert beantragt, die Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage umzuwandeln und sich der Entscheidung des Jugendhilfeausschusses vom 23.06.2016 anzuschließen. Den Trägern solle bereits jetzt schon Planungssicherheit gegeben werden, mit dem bestehenden Personalbestand weiterarbeiten zu können. Auf Grund der tariflichen Lohnerhöhungen würde das Budget immer enger und die Personalstunden müssten ansonsten heruntergefahren werden.

Herr Neu stellt den Antrag von Frau Lehnert, die Mitteilungsvorlage in eine Beschlussvorlage umzuwandeln, zur Abstimmung.

Der Ausschuss zeigt sich hiermit einvernehmlich einverstanden.

Herr Neu stellt daraufhin den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport schließt sich **einstimmig** der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses an:

Die Richtlinien zur städtischen Förderung der kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6.-10. Lebensjahr werden gemäß den Ausführungen in Anlage 3 geändert.

9. Klassenstärken an städtischen Grundschulen
0246/2016

Herr Neu schlägt in Absprache mit Frau Lehnert vor, den Beschluss zum Tagesordnungspunkt „Klassenstärken an städtischen Grundschulen“ zu vertagen, wohl aber die Sachdiskussion zu führen. Die unterschiedlichen Angaben in den verschiedenen Statistiken in den vergangenen Jahren und jetzt und die sich daraus ergebenden Folgen sollten zunächst diskutiert werden, damit eine Richtung, hinter der alle - Schulen, Verwaltung und Politik - stehen könnten, weiter verfolgt werden könne.

Herr Martmann erläutert, nach den jetzt vorliegenden Prognosen reichten die vorhandenen Grundschulplätze in den Ortsteilen Refrath und Bensberg nicht aus. Die Verwaltung schlage vor, organisatorische Lösungen vor baulichen Lösungen vorzunehmen, da man sich immer wieder verändernden Schülerzahlen nicht immer baulich begegnen könne. Als eine organisatorische Lösung zähle der Vorschlag, den am 24.09.2014 von diesem Ausschuss gefassten Beschluss der Beschränkung der Klassenstärken aufzuheben und die Klassenstärken gemäß der allgemeineren Regel der Landesvorschriften anzuheben. Sollte es eine andere organisatorische Lösung geben, als die hier in der Vorlage vorgeschlagene, z.B. durch eine Steuerung durch die Schulleitungen, würde er dies sehr begrüßen.

Herr Rockenberg bittet um Mitteilung, falls zu der in der letzten Sitzung vorgelegten Statistik (Vorlage Nr. 0064/2016 - Schulentwicklungsplanung Primarstufe) noch Informationsbedarf bestehe.

Herr Lambertz teilt mit, die SchulleiterInnen seien sehr erschrocken gewesen über diese Beschlussvorlage. Die Anhebung der Eingangsklassenstärke von 24 bzw. 26 auf 29 Kinder führe zu großen pädagogischen Problemen, die gesetzlichen Vorgaben der Landesregierung umzusetzen. Auch führten Eingangsklassen mit 29 Kindern bei weiteren Zuzügen und „Wiederholerkindern“ zu organisatorischen Problemen. Die Raumfrage wäre dadurch nicht gelöst.

Herr Komenda zeigt sich überrascht. Er sei davon ausgegangen, es werde sich mit den Schulen abgestimmt. Nun müsse er feststellen, die Schülerzahlen und die Vorlage seien, wenn er Herrn Lambertz richtig verstehe, nicht mit den Schulleitungen abgestimmt. Er hätte dies gerade bei diesem wichtigen Tagesordnungspunkt für sinnvoll gehalten.

Herr Rockenberg erklärt, die Schülerzahlen seien abgestimmt. Er bitte noch einmal darum, Unstimmigkeiten zu melden. Zum anderen käme die Anhebung der Schülerzahlen erst ab dem Schuljahr 2017/2018 zum Tragen. Die Thematik sei mit den betroffenen Schulen informell besprochen worden. Die Anhebung der Klassenstärke werde zunächst zeitlich begrenzt sein. In spätestens zwei Jahren solle sich der Ausschuss erneut mit der Thematik befassen. Auch solle ja nicht an allen Schulen die Klassenstärke angehoben werden, sondern nur in den problematischen Stadtteilen Refrath und Bensberg. In Refrath werde sich das Problem durch die Zusammenarbeit der Schulleitungen evtl. auch anders lösen lassen.

Herr Komenda findet, auch mit Herrn Lambertz, der für alle Bergisch Gladbacher Grundschulen spreche, hätte diese Thematik besprochen werden müssen, nicht nur mit Frau Damm-Linke von der KGS Bensberg. Auch gelte der Beschluss für alle Bergisch Gladbacher Schulen, nicht nur für Refrath und Bensberg. Dies könne er so nicht mittragen.

Herr Pütz erklärt, man müsse diese Vorlage in Zusammenhang mit der Vorlage „Schulentwicklungsplanung Primarstufe“ aus der Sitzung des ABKSS am 02.03.2016 sehen. Die Schülerzahlen seien damals weder diskutiert noch in Frage gestellt worden. Nach der Prognose reiche bei der vorhandenen Zügigkeit in Bensberg und Refrath der Schulraum wahrscheinlich nicht aus. Im Norden, dem Bezirk, den auch Herr Lambertz als Regionalsprecher vertritt, trete dieses Problem überhaupt nicht auf. Insofern habe er das Thema mit Frau Damm-Linke als Vertreterin der Regionalkonferenz Süd besprochen.

Herr Klein findet, es handele sich hier nicht nur um ein rein statistisches, sondern auch um ein pädagogisches Problem. Große Klassen seien nie gut gewesen. Eingangsklassen sollten zahlenmäßig klein gehalten werden, da sie im Laufe der Jahre ja noch aufgefüllt würden. 24 Kinder in einer Klasse seien auch schon zu viele Kinder. Leider habe man es in Bergisch Gladbach nicht geschafft, dies durch die Schaffung von mehr Schulraum zu entschärfen. Vor einigen Jahren hätten auf Grund prognostizierter rückläufiger Zahlen sogar Schließungen von Grundschulen im Raum gestanden. Auf einmal stehe man vor dem Problem von zu wenig Schulraum. In anderen Ausschüssen werde daran gearbeitet, Bergisch Gladbach für Zuzüge attraktiver zu machen. Er sehe hier nicht nur ein strukturelles Problem bei der Auswertung der Statistiken, sondern auch ein strukturelles Problem bei der Bereitstellung von Schulraum und bei der Betrachtung, was für die Kinder in unserer Stadt wichtig sei: weniger Kinder in einer Klasse und damit pädagogisch wertvoll oder aber überfüllte Klassen.

Frau Lehnert erinnert an die Diskussion in der letzten Ausschusssitzung zu diesem Thema, in der gesagt worden sei, die Verwaltung solle Lösungsmöglichkeiten bis hin zu einem Neubau erarbeiten. Die CDU-Fraktion sehe diesen Beschlussvorschlag ebenfalls sehr kritisch angesichts der vielen

Herausforderungen, wie Inklusion, Integration usw. vor der die Grundschulen stünden. Sie sei froh, dass nun erst einmal versucht werde, mit den Schulen zusammen eine Lösung zu finden und sei sicher, dass ein guter Kompromiss gefunden werde.

Herr Kleine findet, die Diskussion zeige, dass eine große Besorgnis auf allen Seiten bestehe und mit dem Thema sehr sensibel umgegangen werden müsse. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung im Einvernehmen mit den Schulen eine gute Lösung finden werde.

Herr Martmann erklärt, die Verwaltung habe eine organisatorische Lösung vorgeschlagen, um kurzfristigen Problemen zu begegnen ohne direkt neu bauen zu müssen. Selbst auferlegte Begrenzungen in den Klassenstärken müssten auch zeitweise wieder aufgehoben werden können. Jeder kenne die finanziellen Probleme der Stadt.

Herr Lambertz möchte noch einmal darauf hinweisen, dass dies kein organisatorisches Problem sei, sondern ein pädagogisches Problem. Auch wenn diese Aufhebung der Klassenstärken nur für zwei Jahre gelte und auf einzelne Standorte begrenzt sei, sei dies für den jeweiligen Standort sehr belastend. Ein Ausbau der Schulstandorte sei vielleicht langfristig, auch mit Blick auf den Ausbau des Offenen Ganztags, das Sinnvollste. Die Attraktivität einer Stadt wachse ja auch mit seinem Bildungsangebot.

Frau Glamann-Krüger findet, der Beschluss aus 2014 solle nicht beim ersten Problem einfach so umgestoßen werden. Es gebe immer die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen. Den Schulleitungen sollten nicht so starre Vorgaben gemacht werden. Sie sollten eher einen Ermessensspielraum erhalten, um zu entscheiden, welche Klassen mehr oder weniger Kinder vertragen könnten.

Frau Scheerer möchte noch daran erinnern, dass man auch mit den Eltern ein Einvernehmen erzielen muss. Neben den organisatorischen und pädagogischen Problemen sei auch das Transportproblem für diese Eltern und Kinder zu beachten.

Herr Neu stellt fest, es sei richtig gewesen, vor der Abstimmung über den Vertagungsantrag zu diskutieren.

Herr Neu stellt den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL den Beschluss **zu vertagen**.

10. Änderung der Anlage 1 zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach
0257/2016

Herr Rockenberg erläutert die Vorlage.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei zwei Enthaltungen der Fraktionen FDP und Alfa folgende Beschlussempfehlung:

Die II. Nachtragssatzung zur Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach wird gem. der anliegenden Neufassung beschlossen.

11. Benennung von städtischen Vertretern für die regionale Bildungskonferenz
0260/2016

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgende Beschluss-
empfehlung:

Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet Frau Elke Lehnert und Herrn Gerd Neu als Vertreter des Schulträgers in die Regionale Bildungskonferenz.

12. Annahme von Schenkungen
0278/2016

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** folgende Beschlussempfehlung:

- 1. Die Schenkung der Künstlerin Rosemarie Stuffer aus Much wird angenommen.**
- 2. Die Schenkung der Eheleute Sylvia und Hans-Wolfgang Zanders wird angenommen.**

Den Schenkenden soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

13. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Anfrage von Herrn Klein

Herr Klein hat eine Anfrage zu den Entlasszeiten des Offenen Ganztags an der GGS Schildgen, Concordiaweg. Der Träger des Offenen Ganztags, die Ev. Kirchengemeinde Altenberg / Schildgen habe den Eltern in einer Informationsveranstaltung sein neues Konzept vorgestellt. Darin wurde auch auf die Entlasszeiten, welche auf Basis einer Änderung in den Richtlinien zum Außerunterrichtlichen Angebot des Landes NRW eingeführt worden seien, hingewiesen. Die Zustimmung der betroffenen Eltern sei nicht eingeholt worden. Viele Eltern störten sich an diesen nun festgelegten zwei Entlasszeiten. Früher habe der Träger dies individueller gehandhabt und es sei von Abholzeiten die Rede gewesen. Die Entlasszeiten gingen seiner Meinung nach und auch der vieler Eltern am Bedarf vorbei.

Er möchte gerne wissen, warum den Eltern im Grunde genommen nicht seitens des Jugendamtes oder seitens einer entsprechenden Institution „einmal näher gebracht“ worden sei, dass sie hier ein Einspruchsrecht hätten. Er könne nicht erkennen, dass das Aufenthaltsbestimmungsrecht der Eltern aufgehoben werde durch die Teilnahme an einer solchen „schulischen Veranstaltung“. Am Anfang des Schuljahres unterschrieben die Eltern einen Vertrag, der bindend sei für die gesamte Schulzeit. Die Eltern könnten danach diesen Vertrag nur kündigen. Der Träger des Außerunterrichtlichen Angebotes könne jedoch Änderungen beschließen und machen, was er wolle. Er habe Frau Schlich bereits auf diese Problematik angesprochen.

Herr Neu antwortet, diese Anfrage müsse vom FB 5 – Jugend und Soziales - beantwortet werden.

Herr Lambertz erklärt, hier sei zu unterscheiden zwischen den im Vertrag getroffenen Betreuungszeiten und den Entlasszeiten. Wenn Eltern ihre Kinder abholten, wann sie das wollen, sei ein pädagogisches Angebot seitens der OGS kaum möglich. Die Nachmittagsbetreuung hätte dann eher den Charakter vom „Ikea-Bällchen-Bad“. Die Entlasszeiten seien die früheren Abholzeiten. Von den Schulkindern werde erwartet, dass sie alleine zur Schule und auch wieder nach Hause gingen. Kinder in der OGS seien aber wie Kindergartenkinder mit Abholzeiten behandelt worden. Hier sei eine Angleichung vorgenommen worden. Die Kinder würden zu den vertraglich vereinbarten Zeiten entlassen. Das Aufenthaltsbestimmungsrecht der Eltern werde davon nicht berührt.

Frau Winkels schließt sich den Ausführungen von Herrn Lambertz an. Es gebe auch im Nachmittagsbereich Zeitpläne für die Kinder wie Essenszeiten, Hausaufgabenzeiten usw. Auch sei es für die Mitarbeiter in der OGS nicht möglich, jeden Zeitwunsch der Eltern zu erfüllen. Die Kinder hielten sich nicht wie während der Unterrichtszeit in einer bestimmten Klasse auf, sondern würden sich je nach Angebot verteilt aufhalten.

Frau Lehnert ergänzt, die Eltern würden ein bestimmtes Zeitbudget (bis 15.00 Uhr oder bis 16.30 Uhr) buchen. Der Zuschuss zu einem Platz im Offenen Ganztage bemesse sich nach diesen Buchungszeiten. Es werde auch eine regelmäßige Teilnahme vorausgesetzt. Die Eltern könnten nicht nach ihrem Belieben die Kinder früher oder später abholen. Dies widerspreche dem Betreuungsvertrag.

Herr Neu teilt mit, die Anfrage werde noch schriftlich beantwortet.

Anfrage von Frau Scheerer

Frau Scheerer spricht die Bring- und Abholproblematik durch die Eltern vor den Grundschulen an. Einige Städte hätten bereits Parkplätze für „Elterntaxis“ in der Nähe der Schulen eingerichtet. Sie möchte gerne wissen, ob so etwas auch in Bergisch Gladbach geplant sei.

Herr Rockenberg erklärt, die Problematik des Bringens und Holens der Kinder durch die Eltern mit dem Auto bis vor das Schultor bzw. ab dem Schultor gebe es schon seit vielen Jahren. Für die Grundschulen in Hand werde es im Rahmen des Mobilitätskonzeptes ein Pilotprojekt geben. Hier würden Haltezonen für die Eltern in der Nähe der Schule eingerichtet.

Anfrage von Herrn Klein

Herr Klein hat eine Frage zur Sanierung des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums. Er möchte gerne wissen, ob nach der Prüfung der Statik, nach der die alte Substanz eventuell nicht mehr ausreiche, auch die Alternative eines Neubaus geprüft worden sei.

Zum anderen hat er eine Frage zu einem Grundstück in der Max-Joseph-Straße, welches neben der Montessori Schule liege. Er möchte gerne wissen, ob hier Privatbauten errichtet werden sollen oder ob auch öffentliche Bauten möglich seien.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Neu schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:35 Uhr.